



**Stadtamt Braunau am Inn
Stadtplatz 38, 5280 Braunau am Inn**

Verhandlungsschrift

über die am Dienstag, den 9. Februar 2021, im Veranstaltungszentrum stattgefundene Sitzung des

Gemeinderates

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.33 Uhr

Vorsitzender: Bgm. Mag. Johannes Waidbacher

Gemeinderatsmitglieder:

ÖVP-Fraktion: Vbgm. Florian Zagler BA, GR Doris Haubentrath, StR Dir. Josef Knauseder MMBA, GR Fabian Graf, GR Zoran Sijakovic, GR Marco Baccili, GR Gerhard Bruckbauer, GR Anna Stoiber, GR Mag. Matthias Kritzing MA, GR Alfred Hermann, GR Anton Bernroithner, GR Hubert Stallinger

Entschuldigt: StR HR Mag. Eva Gaisbauer, GR Stefanie Stoffle

Ersatz: GRE Alexandra Furtner-Probst (für StR Mag. Gaisbauer), GRE Mag. Gerald Hamminger (für GR Stoffle)

FPÖ-Fraktion: StR Ing. Mag. Gerhard Haberfellner, Vbgm. Hubert Esterbauer, GR Ing. Hans Pill, GR Christian Bachinger, GR Adolf Burgstaller, GR Franz Köstler, GR Brigitte Ortner, GR Karl Watzek, GR Bettina Bachinger

Entschuldigt:

Ersatz:

SPÖ-Fraktion: StR DI Wolfgang Grabner-Sittenthaler, GR Rudolf Eiblmaier, GR Ing. Günter Weibold, StR Michaela Feichtenschlager, GR Günter Mikula, GR Mag. Karl Felbermair, GR Rudolf Streitberger, GR Friedrich Wagner

Entschuldigt: GR Gabriele Knauseder MSc

Ersatz: GRE Renate Mann

GRÜNE-Fraktion: StR Lizeth Außerhuber-Camposeco, GR Mag. Dipl. Ing. Manfred Hackl, GR DI Manuel Parfant

Entschuldigt: GR NR David Stögmüller

Ersatz: GRE Elke Gapp

Anwesende Gemeindebedienstete:

Mag. Andreas Reiter, Dipl. Ing. Karl Schug, Gisela Lahner

Schriftführerin: Gisela Lahner

Der Vorsitzende eröffnet die Gemeinderatssitzung und stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Weiters verweist er darauf, dass die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 15.12.2020 aufliegt und diese als genehmigt gilt, wenn bis Ende der Sitzung kein Einwand erhoben wird.

A:

I. Antrag gemäß § 46 Abs. 2 Oö. Gemeindeordnung:

1. Antrag der Grünen-Fraktion gem. § 46 Abs. 2 der Oö. Gemeindeordnung 1990: Entwicklung von Strategien und Konzepten unter kulturellen und touristischen Aspekten für die Stadt Braunau

GRE Gapp berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Mikula bedankt sich bei der Grünen-Fraktion, dass diese den Antrag eingereicht hat. Angeregt wurde dieser damals vor einigen Monaten von StR DI Grabner-Sittenthaler und auch für ihn selbst ist es wichtig, dass man es gemeinsam als Gruppe schafft, das für Braunau umzusetzen. Ganz besonders freut ihn dabei ein Punkt, und zwar er zitiert: *„Durch das Bewusstsein für die Schätze der Vergangenheit ist es eher möglich die Weiterentwicklung unserer Stadt umsichtig und zielgerichtet zu gestalten. Das Alte wertschätzend mit dem Neuen zu verbinden.“* Da man oft Schwierigkeiten hatte, das Neue in das Alte einzubringen, da von der Grünen-Fraktion oft sehr streng und ablehnend vorgegangen wurde, freut es ihn das zu lesen. Man sagt durch diesen Punkt, dass man in Zukunft offener für neue Sachen in Braunau sein wird. Dafür möchte er sich bedanken.

StR Dir. Knauseder MMBA erläutert, dass seine Fraktion einem Antrag, in dem steht, das Bewusstsein für die Qualität der Kulturdenkmäler in Braunau zu schärfen, nur unterstreichen und zustimmen kann. Er selbst ist ja ein begeisterter Innenstadtbewohner und jeden Tag ist er sich der Schönheit der Stadt Braunau bewusst und es ist auch bestimmt ein gemeinsames Interesse, diese Schönheit auch zu bewahren. Auf der anderen Seite möchte er noch einen weiteren Blickwinkel mitgeben, man hat eine Altstadtsatzung aus dem Jahre 1976. Ihm hat das vorhin gut gefallen, als gesagt wurde, man sollte einerseits den bewahrenden Blickwinkel inne haben aber zugleich auch den Zukunftsblickwinkel. Als Beispiel nennt er, dass die Altstadtsatzung 1976 innerhalb der Ringstraße keine Photovoltaik- oder Solaranlagen erlaubt. Auch hier muss man über Weiterentwicklungen diskutieren. Denn man spricht von Nachhaltigkeit und man spricht von Umweltschutz. Man sollte selbstverständlich darüber diskutieren die Kulturdenkmäler intensiv zu bewahren, natürlich auch im Gesamtkomplex mit Verkehrsplanung und so weiter, wie es in der letzten

Gemeinderatssitzung bereits thematisiert wurde. Aber außerdem, und da spricht er natürlich auch aus dem Blickwinkel eines Innenstadtbewohners, Möglichkeiten zu schaffen, Photovoltaikanlagen oder andere erneuerbare Energien zu ermöglichen. Er kann sich gut vorstellen, dass dadurch die Stadt Braunau vielleicht noch ein wenig grüner wird. Man lebt im Zeitalter von Klimawandel, dieses Thema steht außer Frage und deswegen ersucht er beide Themen gemeinsam zu diskutieren und letztendlich, auch für Braunauer Bürgerinnen und Bürger, bei diesem Gesamtthema mitzunehmen.

Vbgm. Esterbauer erklärt, dass man sich mit dem Antrag der Grünen-Fraktion selbstverständlich auseinander gesetzt hat. Es war auch überraschend, dass man in sechs Jahren auch einmal von der Grünen-Fraktion einen Sachantrag bekommt, er nimmt aber nicht an, dass das zufällig etwas mit dem Wahljahr zu tun hat. Egal. Die Themen, die im Antrag besprochen werden, sind Großteils ohnehin laufend im Prozess und müssen miteinander verbunden werden. Nichtsdestotrotz ist es seiner Meinung nach eine ganz gute Zusammenfassung und man wird diesen Antrag daher unterstützen.

Bgm. Mag. Waidbacher ergänzt, dass man seitens des Bundesdenkmalamtes eine neue Betreuerin hat, die kurz vor Weihnachten zugegen war und Braunau bisher nicht kannte. Diese Dame kommt selbst aus Niederösterreich. Sie war dann nach einer kurzen Tour durch die Stadt voll des Lobes und richtig begeistert. Ihm ist das wichtig zu betonen, da nicht der Eindruck entstehen soll, dass man die letzten Jahrzehnte nichts für die Kulturdenkmäler und die Kulturschätze getan hat. Er glaubt man hat bewiesen, dass man in diesem Bereich sogar sehr viel gemacht hat. Und diese Dame hat das dann auch mit anderen Augen gesehen. Es ist sensationell in welchem gutem Zustand das Innenstadtensemble in der Stadt ist. Es ist zwar nicht mehr ganz original, aber es kommt dem sehr nahe. Es sucht seines gleichen. Von Besucherinnen und Besuchern von außen wird dies auch immer wieder bestätigt. Als Bewohner sieht man diese Schönheiten oft gar nicht mehr, einfach, weil man auch mit anderen Augen durch die Stadt geht. Man sollte diese Schönheiten wieder mehr wertschätzen.

GR Mag. DI Hackl bedankt sich bei Herrn Bürgermeister für die Klarstellung. Natürlich ist auch seiner Fraktion bewusst, dass in der Stadt Braunau sehr viel zur Erhaltung und Bewahrung der Kulturdenkmäler gemacht wurde. Die Altstadtsatzung, die bereits zitiert wurde, ist ja ein Fundament und ein starker Pflock, der da gesetzt wurde. Seiner Fraktion ist natürlich klar, dass man ein großes Kulturerbe hat. Der Auslöser war natürlich die Diskussion im vorigen Sommer wo es darum ging, ob man sich bei der Bewerbung mit den Inn-Salzach-Städten um das Weltkulturerbe anschließen soll. Der Bürgermeister hat damals abgelehnt, eben auch mit der Begründung, des Zeitmangels und der notwendigen Aufbereitung der Unterlagen und diese Diskussion hätte man im Sommer einfach nicht geschafft. Genau deswegen wird jetzt dieser Antrag eingebracht, damit, wenn so eine Chance wieder aufkommt, man dann die Unterlagen hat und die Diskussion bereits geführt hat. Es gibt natürlich Interessenkonflikte. Und es ist klar, wenn man einen Teil der Stadt zum Weltkulturerbe ernannt, ist man eingeschränkt in der Stadtentwicklung, darin was man bauen darf, was man ändern darf und das muss eben vorher ausdiskutiert werden. Es soll ein breiter Diskussionsprozess sein, an dem natürlich auch die Bewohner der Altstadt einbezogen werden sollen, alle die Interesse haben an der Bewahrung der Stadt aber auch alle die Interesse daran haben, in der

Altstadt zu leben und zu arbeiten. Und diese Interessen muss man alle gegeneinander abwägen. Es sind genau diese Punkte, wie Herr StR Knauseder erwähnt hat, die man diskutieren muss. Die Anmerkung von Herrn GR Mikula, dass die Grünen allzu konservativ sind, was die Altstadt betrifft, das möchte er so jetzt nicht sehen. Er nimmt an, dieser habe auf das Parkhaus angespielt. Aber da geht es nicht darum, ob das Parkhaus in die Altstadt passt, sondern da waren viele anderen Überlegungen dahinter, ob man das Parkhaus haben möchte oder nicht. Viele andere Erneuerungen in der Altstadt sieht man auch als positiv, wie zum Beispiel den Bau des neuen Gebäudes der Raiffeisenbank, der eine Bereicherung der Altstadt ist und alles andere, was im Bereich der Ringstraße noch bevor steht und auf einen zukommen wird. Dies ist sehr wichtig und da braucht man einen breiten Prozess, für den man sich durchaus einige Monate oder ein, zwei Jahre Zeit lassen kann, Hauptsache man kommt dann zu einem Ergebnis, hinter dem dann alle stehen können. Die Aussage von Herrn Vbgm. Esterbauer zum Thema, dass die Grünen sonst keine Anträge einbringen, das möchte er strikt zurückweisen, diese Aussage war entbehrlich. Man hat schon genügend Anträge in den Gemeinderat eingebracht, wenn er mal Zeit hat listet er alle auf, die in den letzten sechs Jahren eingebracht wurden. Es stimmt nicht, dass man jetzt, nur weil ein Wahljahr ist, einen Antrag einbringt.

Vbgm. Esterbauer richtet sich an Herrn GR Mag. DI Hackl, er wollte ihm auf keinen Fall zu nahe treten. Aber Fakt ist, dass die Anträge, die von der Grünen-Fraktion bislang eingebracht wurden Resolutionen waren, die entweder vom Land oder vom Bund ausgegangen sind. Diese betrachtet er nicht als Antrag für die Gemeinde, so war seine Aussage gemeint. Aber wie schon zuvor erwähnt, wird man den Antrag unterstützen, auch wenn es aus Sicht der FPÖ-Fraktion ein Sammelsurium sehr vieler Dinge ist. Dingen, die ja zum Teil schon passiert sind, noch in der Schwebe sind oder noch passieren werden. Beim Thema Parkhaus gibt er Herrn DI Mag. Hackl recht, da ist man einer Meinung. Es hat nichts mit Abwertung zu tun oder sonst irgendwas, aber es ist jedem erlaubt eine eigene Meinung zu haben.

GR DI Parfant möchte sich auch noch zum Thema, ob man Anträge in den Gemeinderat bringt oder nicht, äußern. Er selbst hat das Glück, Obmann des Bau- und Umweltausschusses zu sein und die meisten Themen, die seine Fraktion einbringen würde, bringt er zuerst in den Ausschuss. Das heißt, seine Fraktion arbeitet eher in den Ausschüssen und bringt Themen zuerst in diese, und geht dann als Ausschuss in den Gemeinderat und geht nicht zuerst in den Gemeinderat um es dann in den eigenen Ausschuss zu bringen. Als Beispiel nennt er das Projekt „1000 Bäume für Braunau“, ein Projekt des Bau- und Umweltausschusses, das von ihm mit den Mitarbeitern des Stadtamtes initiiert wurde. Das Gesamtenergiekonzept wurde auch ausgearbeitet, da hätte man wahrscheinlich auch einen Antrag bringen können, man arbeitet aber lieber in den Ausschüssen und geht dann gemeinsam in den Gemeinderat. Das ist der Zugang seiner Fraktion.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP I/1 abstimmen.

Antrag:

Der Kulturausschuss der Stadt Braunau soll sich gemeinsam mit der Stadtverwaltung und den Kulturvereinen der Stadt mit dem kulturhistorischen Potenzial der Stadt Braunau intensiv auseinandersetzen. Ein Bewusstsein für die Qualität der Kulturdenkmäler, adäquates, fundiertes abrufbares Material und Konzepte können in Zukunft hilfreich sein, rasch und flexibel diverse, sich zukünftig ergebende Möglichkeiten, etwa Bewerbungen und Nominierungen im kulturellen und touristischen Bereichen (z.B. Teil des UNESCO Weltkulturerbes) zu ergreifen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an KK am 10.02.2021 / La

II. Antrag des Bürgermeisters:**1. Behandlung der in der Tagesordnung unter Teil „B“ angeführten Verhandlungsgegenstände**

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über TOP II/1 abstimmen.

Antrag:

Behandlung dieser Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

III. Anträge des Finanzausschusses:**1. Geothermie; Beschlüsse der 25. Gesellschafterversammlung der Geothermie-Fördergesellschaft Simbach Braunau mbH (GSB) vom 03.07.2020; Beschlüsse der 26. Generalversammlung der Geothermie-Wärmegesellschaft Braunau-Simbach mbH (GBS) vom 03.07.2020**

StR. Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/1 abstimmen.

Antrag:

Die Protokolle über die 25. Gesellschafterversammlung der Geothermie-Fördergesellschaft Simbach-Braunau mbH sowie über die 26. Generalversammlung der Geothermie-Wärmegesellschaft Braunau-Simbach mbH jeweils vom 03.07.2020, einschließlich der gefassten Beschlüsse, werden genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 10.02.2021 / La

2. Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2020; Überprüfung

StR. Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/2 abstimmen.

Antrag:

Der Prüfungsbericht der Bezirkshauptmannschaft vom 15.12.2020 wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIa am 10.02.2021 / La

3. Voranschlag für das Haushaltsjahr 2021

StR. Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

StR Ing. Mag. Haberfellner hat nachgerechnet und es ist nun seine 12. Budgetrede. Einmal war die Ausgangssituation besser, ein anderes Mal war sie schlechter, aber heuer ist es leider dramatisch. Er möchte aber trotzdem die Gelegenheit nutzen um sich bei der Finanzabteilung zu bedanken, die es geschafft hat dieses Budget, trotz der schweren personellen Situation zu machen und es in so anspruchsvoller Form zur Verfügung zu stellen. Vorne Weg etwas positives - Braunau ist keine Abgangsgemeinde. In Zeiten wie diesen ist das keine Selbstverständlichkeit. Wie hat man das geschafft? Auf der einen Seite hat man die Ausgaben stark reduziert, auf der anderen Seite wurden Rücklagen aufgelöst. Aber mit Rücklagen ist es nun mal so, wenn sie aufgelöst sind, dann sind sie weg. Das heißt man muss, auch wenn er es nicht hofft, auch in den nächsten Jahren und in Zukunft möglicherweise mit dramatischen Einschnitten rechnen. Betonen möchte er, dass man bei der Reduktion der Ausgaben den Sozialbereich ausgespart hat, hier wird also nicht gespart. Die Kennzahlen wird er

jetzt nicht alle wiederholen, diese wurden bereits sehr ausführlich und detailliert von Herrn StR Knauseder dargestellt und auch kommentiert. Aber eine Kennzahl möchte er doch ein wenig näher beleuchten und zwar die der Kapitaltransferzahlungen, also die üblichen Verdächtigen wie SHV und Krankenanstaltenbeitrag. So betragen diese im Voranschlag 2021 65,24%. Das heißt 2/3 der Einnahmen sind in der Sekunde weg, und man hat noch keinen Finger gerührt. Da ist noch keine Straße saniert und da ist noch kein Kanaldeckel getauscht. Was ihn aber besonders schreckt ist die Dynamik dieser Kennzahl. So lag sie im Jahr 2019 noch bei 55,43%, das heißt in fast 2 Jahren ist sie um 10% angestiegen. Es kann nicht sein, dass immer alles am Rücken der Gemeinde ausgetragen wird. Was sind die Gründe für die Verringerung der liquiden Mittel? Auf der einen Seite der Rückgang der Kommunalsteuer, coronabedingt durch Kurzarbeit, er denkt, dass jeder einen Bekannten oder Verwandten hat oder jemanden kennt, der leider in Kurzarbeit war oder noch immer ist. Das Rad dreht sich weiter, denn dadurch fällt natürlich auch eine verringerte Kommunalsteuer für die Gemeinde an. Ein weiterer gewichtiger Punkt sind die geringeren Einnahmen aus den Ertragsanteilen des Bundes. Und last but not least erschweren die erhöhten Transferzahlungen, wie vorhin schon erwähnt, die finanzielle Gebarung sehr. Was hat man für Maßnahmen und Möglichkeiten zur Gegensteuerung? Natürlich die Aussetzung der Investitionen oder ein Verschieben in die Zukunft. Er hofft, dass es nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag wird. Erwähnt haben möchte er aber, dass im Bereich der Straßensanierungen ca. EUR 2,4 Mio. für dieses Jahr vorgesehen sind. Es gäbe zwar unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, dass man die KIP Mittel des Bundes abgreifen kann, also die Gemeindeförderung des Bundes in Höhe von EUR 1,5 Mrd., grob gerechnet würde das für Braunau in diesem Jahr zwischen EUR 2 und 2,5 Mio. KIP Mittel bedeuten. Es ist jedoch nicht klar, wie viel man davon wieder zurückzahlen muss. Alles wird vom Bund aber sicher nicht geschenkt. Es wird also auch in Zukunft eine schwere finanzielle Prüfung auf Braunau zukommen, weswegen es Ende März oder im April eine Sitzung des Strukturbeirates geben wird, in der man beraten muss, was man sich als Stadtgemeinde Braunau in Zukunft überhaupt noch leisten kann. Sicher ist heuer Wahljahr und es wird schwierig, alle Fraktionen zu einem einheitlichen Konsens bewegen zu können, aber er erwartet sich trotzdem von jeder Fraktion, zumindest unvoreingenommen über alle Punkte zu diskutieren. In diesem Sinne eine Bitte, an den Vorsitzenden des Strukturbeirates, Herrn StR Knauseder, einen Tagesordnungspunkt hinzuzufügen und zwar „Stadtmarketing Braunau-Simbach GmbH“. Im Jahr 2021 sind dafür EUR 105.000 budgetiert und man muss schon völlig unvoreingenommen im Strukturbeirat darüber diskutieren, ob man sich das in Zukunft noch leisten kann, bzw. man sich das in diesem Ausmaß noch leisten kann. Die Herausforderungen werden im Jahr 2021 und in den nächsten Jahren noch weitergehen, daher kann man das finanziell nur dann schaffen, wenn alle Fraktionen an einem Strang ziehen. In diesem Sinne wird seine Fraktion dem Budget natürlich zustimmen.

GR Ing. Weibold möchte in Abwandlung eines Gedichtes von Heinrich Heine zum Budget sagen „denk ich an Braunau in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht“. Was ist so schlafräubernd an diesem Voranschlag 2021? Er weist ein sehr deutliches Minus von über EUR 3 Mio. aus. Die Deckung dieses Minus erfolgt aus den Rücklagen, aber die Schmelzung der Rücklagen, die er zuvor immer so als schleichend bezeichnet hat, ist jetzt schlagartig eingetreten und man stürzt von EUR 3,5 Mio. auf Rücklagen von EUR 432.900 ab. Sehr weit kann man damit nicht mehr hüpfen. Das ist dramatisch und

hat seine Gründe wie er glaubt nicht nur in der viel zitierten Coronakrise, sondern auch an beispielsweise dem Rückgang der Kommunalsteuer. Wenn man sich das nun genauer ansieht, hat man 2020 EUR 11,065 Mio. Euro an Kommunalsteuer eingenommen, 2021 hat man EUR 11,407 Mio. budgetiert, somit ein Zuwachs von EUR 32.000. Er wünscht sich, dass diese Prognose hält und er ist sich auch fast sicher, dass sie hält, weil man ja in der Vergangenheit sehr vorgesorgt hat. Er denkt hier an den Industriepark Braunau-Neukirchen, oder an die Schaffung von Gewerbegebieten und somit die Unterstützung des produzierenden Gewerbes, die von der Krise nicht so betroffen sind Gott sei Dank. Es werden 2021 mit EUR 15,5 Mio. geringere Ertragsanteile budgetiert, 2020 waren es EUR 15,6 Mio.. Also ein Minus von ungefähr 0,1 Millionen, somit nicht so dramatisch und er hofft die Steuerleistung bleibt in Österreich hoch, sodass man mit diesen Ertragsanteilen rechnen kann.

Ausgabeneinsparungen sind der dritte Punkt und sind, wie im Vorbericht steht, nur gering möglich, und es ist zu fragen – Warum? StR Knauseder hat die einzelnen Positionen angeführt wo man überall nicht spart. Das ist richtig, man ist dazu da, es den Bürgern so angenehm wie möglich zu machen. Aber man muss sich wahrscheinlich auch intelligente Finanzierungsvarianten überlegen. Und sich hier diese Sachen sehr selektiv anschauen. Als vierter Punkt ist die Erhöhung der Transferzahlungen genannt und es wurde ja auch angesprochen, dass diese an und für sich dramatisch ist. Er verteuftelt sozusagen dieses Gehabe dieser Institutionen wie SHV oder Krankenanstalten, die das einfach über ein Umlageverfahren einheben, ohne selbst auch gezwungen zu sein sich zu überlegen, wie man sparen kann. Hat man 2020 für den SHV EUR 6,747 Mio. ausgegeben, sind es im Jahr 2021 EUR 7,028 Mio., also EUR 281.000 oder 4,8% mehr. Beim Krankenanstaltenbeitrag ebenfalls von EUR 4,959 Mio. auf EUR 5,143 Mio., das sind 184.000 oder 3,7% mehr. Und laut RHV hat man eine geringfügige Erhöhung von EUR 46.000 und zwar von EUR 1,124 Mio. auf EUR 1,17 Mio. In diesen Bereichen kann man nicht aus. Auch die Pensionsbeiträge schlagen hier sehr stark zu Buche. Inklusive der Gemeindeärzte zahlt man EUR 2,9 Mio.. Also eine Erhöhung um EUR 0,4 Mio. Die Landesumlage, die seines Erachtens völlig unnötig abgeführt wird, weil sich das Land Geld der Gemeinde zurück hält, um dann den großen Gönner zu spielen und es den Gemeinden über Landeszuweisungen wieder zuzuweisen. Diese schlägt sich mit EUR 1,7 Mio. zu Buche. All das ist, wie ja schon angesprochen wurde, heuer dramatisch hoch. 65,24% gehen fix weg und die Gemeinde kann nur über 34,76% ihres Budgets verfügen. Wenn man das jetzt summiert gehen insgesamt EUR 1 Mio. aus diesen Transferzahlungen an Mehrausgaben weg. Vorhin hat man aber von über EUR 3 Mio. gesprochen. Wo sind die restlichen EUR 2 Mio.? Dafür, so meint er, ist man selbst verantwortlich. Und hier war man nicht sehr einsparungskreativ. Obwohl 2020 die Corona- und somit auch die Wirtschaftskrise schon evident war. So hat man Mehreinnahmen gegenüber 2020 von EUR 307.300 budgetiert, aber Mehrausgaben von 1,447 Mio. Euro veranschlagt. Das heißt, man gibt EUR 1,141 Mio. mehr aus. Woraus diese Mehrausgaben resultieren, bedarf intensiver Untersuchungen und man müsste in dieses Konvolut sehr stark einsteigen. Früher war es einfacher, weil man Gruppenzusammenfassungen hatte und gesehen hat, in welchen Gruppen die Mehrausgaben zu finden sind. Heute findet man unter Gruppen einzelne Kindergärten oder Schulen oder sonst irgendetwas und man müsste sich alles zusammensuchen. Vielleicht könnte man da wieder eine Gruppenübersicht machen. Was sieht nun der Bericht als Gegensteuerung vor? Massive Einsparungen in der laufenden Verwaltung, in der laufenden

Geschäftstätigkeit. Hier ist aber zu hinterfragen, wie das durchgeführt wird. Durchgeführt wird es durch ein Aussetzen von Investitionen, was aber seines Erachtens wiederum zu einem Investitionsstau führen wird, der in den Folgejahren dann aufschlägt und wirksam wird. Man schiebt das also vor sich her. Die Abberufung von KIP Mitteln wird zur Investitionsförderung angedacht, was bewirkt das? Das bewirkt eine Erhöhung des Schuldenstandes, weil ja diese Mittel rückzahlbar sind, die schenkt einem ja niemand. Und man wird dann einen erhöhten Schuldenstand haben, der jetzt bei EUR 36 Mio. und dann eventuell bei EUR 39 Mio. liegt und einen dann wieder über den Schuldendienst belastet. Herr StR Knauseder hat zuvor ein Quiz veranstaltet und gefragt, wie viel man in den Kanalbau investiert hat. Und es war richtig das auszugeben. Man hat das auch auszugeben, weil Wasserversorgung, Abwasserentsorgung oder Abfallentsorgung und so weiter die Uraufgaben der Gemeinde sind und für das Gemeinwohl zu erfolgen haben. Folglich ist es auch nicht schändlich, wenn man sich dafür Geld aufnimmt, weil es Umlagen- bzw. Gebührenfinanziert ist. Er kann sich noch an Diskussionen erinnern, wo die SPÖ geprügelt wurde, weil sie 60% der Kreditaufnahmen für Kanal und Wasser gemacht hat und man hat Braunau sozusagen als Pleitestadt dargestellt. Heutzutage ist es auch nicht anders, aber es ist anerkannt, es ist Aufgabe der Gemeinde. Wenn er jetzt zum Punkt Einsparungen geht, dann gibt es eine kleine Diskrepanz. Leider haben sich durch Änderungen im Dienstpostenplan Mehraufwendungen von EUR 163.400 ergeben, dazu kommen aber noch die ausgelagerten Dienstleistungen die, hier herauszusuchen eher sehr schwierig wäre, aber wahrscheinlich in einem Bereich liegt, wo einem die Haare noch mehr zu Berge stehen. Das Personalbudget erhöhte sich von 2020 auf 2021 um EUR 584.500. Er weiß schon, dass er belächelt wird, wenn er immer diese Personalquote anspricht, aber es ist ein Faktum, dass, was man hier fix ausgeben muss, man nicht mehr zur Verfügung hat. Die Erhöhung der Personalquote liegt bei 4,5% und es stimmt, wie es ja auch im Bericht beschrieben ist, dass durch die Investitionen Folgekosten im Personal entstehen. Da muss man also schon auch sich selbst an der Nase nehmen, ob man Investitionen vielleicht nicht so betrachtet hat, dass sie Folgekosten verursachen. Er kann sich beispielsweise beim Motorikpark erinnern, wo das damals eine riesen Diskussion war, weil man gesagt hat, dass da Folgekosten entstehen. Und das ist in vielen anderen Bereich auch so. Man muss sich dann auch die Investitionspolitik unter diesem Aspekt ansehen. Wie er schon erwähnt hat, war auch 2020 ein Coronajahr und bereits 2020 wäre es absehbar gewesen, dass das Budget 2021 krisenhafte Ausmaße annehmen könnte. Eine Gegensteuerung ist unumgänglich und mit den derzeitigen Rücklagen ist eine Investitionstätigkeit nicht möglich. Eine Besserung kann nur durch gemeinsame Anstrengungen erfolgen und es liegt in der Verantwortung des Bürgermeisters, des Gemeinderates und der Verwaltung alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine nachhaltige Sanierung zu ermöglichen. Seine Fraktion stellt sich dieser Verantwortung und wird diesem Voranschlag unter Zähneknirschen zustimmen.

GR Mag. DI Hackl erklärt, dass über das Budget nun schon vieles gesagt, lamentiert, aber auch zurecht beklagt wurde, dass es ein Krisenbudget sei. Es ist ein Krisenbudget unter außergewöhnlichen Umständen entstanden mit einer Finanzverwaltung, die kaum für diese Aufgabe aufgestellt war. Unter rechtlichen Rahmenbedingungen mit dieser VRV Neu, die auch das Verständnis dieses Budgets nicht unbedingt erleichtert. Es ist schon genügend darauf hingewiesen worden, welche Rahmenbedingungen

schlecht und ungünstig sind. Diese ganzen Umlagen, auf die man leider keinen Einfluss hat. Man hat keinen Einfluss darauf, wie hoch die Landesumlage ist, keinen Einfluss, wie hoch die SHV Umlage ist. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Das Bestreben jetzt noch eine Strukturbeiratssitzung zu machen und in drei Monaten Einsparungen zu erzielen, da hat er wenig Hoffnung, dass da jetzt wirklich große Schritte gelingen können. Es ist ein Wahljahr weswegen es noch schwieriger ist Punkte zu finden, hinter denen alle stehen. Gäbe es solche Punkte, hätte die Finanzverwaltung diese wohl schon vorgeschlagen. Vielleicht im Bereich von einigen 100 Euro. Doch dort, wo es wirklich relevant wird, wo es in Bereiche von einigen Hunderttausend Euro geht, ist man aus ideologischen Gründen so unterschiedlicher Meinung, dass man jetzt im Frühling keinen gemeinsamen Beschluss wird finden können. Er hat daher einen Appell, da man auch im Budget 2022 noch einsparen wird müssen. Er ruft dazu auf im Wahlkampf nicht zu große Forderungen zu stellen, nicht in allen möglichen Bereichen wieder Ausweitungen vorzuschlagen, Versprechen zu machen, die Wirtschaft mit Investitionsprämien zu fördern, Sozialausgaben oder auch Umweltausgaben in astronomischer Höhe zu fordern. Weil wenn man das jetzt im Wahlkampf fordert, und dann in einem halben Jahr genau in diesen Bereichen diese Forderungen nicht umsetzen kann oder sogar sparen muss, dann schauen alle miteinander blöd aus der Wäsche. Er appelliert, sich im Wahlkampf mit Forderungen nach zusätzlichen Ausgaben zurückzuhalten. Vielleicht gelingt es dann im Herbst wirklich Einsparungen zu treffen. Die Hoffnung, dass das einstimmig passieren wird, hat er eigentlich nicht, aber man wird Kompromisse treffen müssen, sonst wird es nicht möglich sein das Budget in den nächsten Jahren zu sanieren. Der jetzige Weg, der gegangen worden ist, nämlich Investitionen nach hinten zu schieben, ist der Naheliegende, da kann man am meisten einsparen. Aber dann gibt es natürlich einen Investitionsrückstau, den man dann in einigen Jahren wieder aufzuarbeiten haben wird. Aber das ist jetzt vielleicht das kleinere Übel, und das muss man jetzt in Kauf nehmen. Er wiederholt seinen Aufruf im Wahlkampf zurückhaltend zu sein, vielleicht gelingt es dann die Budgets für 2022 oder 2023 wieder auf ein bessere Beine zu stellen.

GR Baccili freut es, dass alle Parteien dem Budget zustimmen. Nachdem Herr StR Knauseder dieses schon sehr ausführlich erklärt hat, spart er sich nähere Ausführungen. Es freut ihn außerdem, dass die FPÖ- und die Grüne-Fraktion gesagt haben, dass man einen Strukturbeirat abhalten soll, im Finanzausschuss hat sich das noch anders angehört und es freut ihn auch, dass Herr GR Mag. DI Hackl gesagt hat, dass man sicher eine Lösung findet. Auch er ist der Meinung, dass es auch in einem Wahljahr möglich ist, Lösungen zu finden. Doch das wird eben nur gemeinsam möglich sein. Zu guter Letzt, die zwar heuer etwas verspätete Tradition der ÖVP, der Wunsch ans Christkind, vielleicht heuer der Wunsch an den Osterhasen. Er würde diese Tradition gerne beibehalten. Er würde sich wünschen, dass auch heuer wieder alle gemeinsam, trotz des nun schon oft angesprochenen Wahljahres, zusammenarbeiten und gemeinsam für die Bürgerinnen und Bürger da sind um gemeinsam das Beste aus der Situation zu machen. Natürlich wird auch die ÖVP dem Budget zustimmen.

StR Ing. Mag. Haberfellner möchte noch eine kurze Bemerkung zur Wortmeldung von GR Baccili anführen. Natürlich war die FPÖ im Finanzausschuss für die Abhaltung eines Strukturbeirates. Sogar ausdrücklich dafür.

StR DI Grabner-Sittenthaler hat noch eine kurze Wortmeldung auch wenn von den Vorrednern schon alle Punkte angesprochen wurden, auf die man wenig Einfluss hat. Worauf man aber Einfluss hat, sind die restlichen 35% wie sein Koll. Herr GR Ing. Weibold schon sehr drastisch in den Raum gestellt hat. Man hat sozusagen nur 35% Manövriermasse und was ihm gefehlt hat, bei allen hier ist, dass man diese 35% effizient einsetzt. Speziell in kostenintensiven Bereichen wie Infrastruktur, gibt es schon viele Möglichkeiten die Mittel heutzutage auch effizienter einzusetzen. Also Aufgaben besser zu lösen mit weniger Mitteleinsatz um denselben Zweck zu erreichen. Das ist ihm sehr wichtig, dass man auch über das diskutiert und dass man auch in den Ausschüssen den Mitteleinsatz optimal gestaltet. Es hilft jetzt wenig, wenn man immer wieder jammert wie wenig Geld man hat. Corona ist ein Fakt der einschlägt und nicht wegzuleugnen ist und natürlich das Budget maßgeblich beeinflusst, aber nicht ausschließlich, und da gibt er Herrn GR Ing. Weibold auch recht. Aber man muss mit den Mitteln effizient wirtschaften und das ist, wie er findet, auch die Hauptaufgabe, weil es gar nicht anders geht. Man ist gezwungen es so zu machen, weil man aus den 35% nicht 40% oder 45% machen kann. Und eines möchte er auch noch sagen, weil Herr GR Mag. DI Hackl gesagt hat, dass man keine großen Versprechungen im Wahlkampf machen soll, dem möchte er noch etwas drauf legen. Er möchte alle Fraktionen bitten auch den Wahlkampf selbst sparsam zu gestalten und keine Materialschlachten mit vielen riesigen Plakaten zu veranstalten, sondern auf die coronabedingte Situation Rücksicht zu nehmen und einem rücksichtsvollen, dezenten Wahlkampf zu veranstalten. Er weiß nicht, ob das im Sinne aller ist, ihm wäre es aber wichtig hier beispielgebend voran zu gehen.

Bgm. Mag. Waidbacher ergänzt dazu, dass man beim Fraktionsobmänner Jour-Fixe schon einmal über dieses Thema diskutiert hat und dass man hier wieder ein Fairness-Abkommen macht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/3 abstimmen.

Antrag:

- a) Der vorliegende Voranschlag 2021 inklusive Amtsbericht wird gemäß § 76 Oö. Gemeindeordnung 1990 idgF. beschlossen.
- b) Der vorliegende Dienstpostenplan Stand 01.03.2021 bildet einen Bestandteil des Voranschlages und wird genehmigt.
- c) Zur Deckung von Kreditüberschreitungen (überplanmäßigen Auszahlungen der laufenden Geschäftstätigkeit) werden Verstärkungsmittel in Höhe von EUR 200.000,00 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIa am 10.02.2021 / La

4. Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan 2021 – 2025

StR. Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/4 abstimmen.

Antrag:

Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan (MEFP):

Der vorliegende Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplan gemäß § 76a Oö. Gemeindeordnung 1990 idg.F wird genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIa am 10.02.2021 / La

5. Aufnahme eines Kassenkredites in Höhe von EUR 5.000.000,00 bei der Salzburger Sparkasse Bank AG für das Finanzjahr 2021

StR. Dir. Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP III/5 abstimmen.

Antrag:

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Gemeindekasse wird der bei Salzburger Sparkasse Bank AG, Hauptgeschäftsstelle Braunau, der am 10.11.2011 aufgenommene und jährlich zurück zu zahlende Kassenkredit in Höhe von EUR 5.000.000,00 unter Zugrundelegung der vorliegenden Kreditprolongation vom 15.12.2020 und dem Schreiben der Salzburger Sparkasse über die geänderten Zinskonditionen vom 14.01.2021 für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021 verlängert.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIa am 10.02.2021 / La

IV. Anträge des Wirtschaftsausschusses:

1. Dienstbarkeitsverträge Wasser- und Kanalleitung; Grst. 472 u. 469/12, EZ 557, KG Braunau;

GR Mag. DI Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über TOP IV/1 abstimmen.

Antrag:

- a) Dem Dienstbarkeitsvertrag zur Führung einer Wasserleitung auf den Gst. 472 u. 469/12, EZ 557, KG Braunau, zwischen Rita Dirmayr sowie Petra Dirmayer und der Stadtgemeinde Braunau am Inn, wird gemäß dem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 21.12.2021, zugestimmt.
- b) Dem Dienstbarkeitsvertrag zur Führung einer Kanalleitung auf den Gst. 472 u. 469/12, EZ 557, KG Braunau, zwischen Rita Dirmayr sowie Petra Dirmayer und der Stadtgemeinde Braunau am Inn, wird gemäß dem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 21.12.2021, zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Baccili, GR Ing. Pill., GR C.
Bachinger, GR B. Bachinger, GR Watzek)

an IIIa am 10.02.2021 / La

**2. Dienstbarkeitsverträge Wasser- und Kanalleitung
Grundstück 446, EZ 20, KG Ranshofen;**

GR Mag. DI Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über TOP IV/2 abstimmen.

Antrag:

- a) Dem Dienstbarkeitsvertrag zur Führung einer Wasserleitung auf dem Gst. 446, EZ 20, KG Ranshofen, zwischen Andreas Baischer und der Stadtgemeinde Braunau am Inn, wird gemäß dem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 28.12.2020, zugestimmt.
- b) Dem Dienstbarkeitsvertrag zur Führung einer Kanalleitung auf dem Gst. 446, EZ 20, KG Ranshofen, zwischen Andreas Baischer und der Stadtgemeinde Braunau am Inn, wird gemäß dem vollinhaltlich zur Kenntnis genommenem Entwurf vom 28.12.2020, zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Baccili, GR Ing. Pill., GR C.
Bachinger, GR B. Bachinger, GR Watzek,
StR DI Grabner-Sittenthaler)

an IIIa am 10.02.2021 / La

- 3. Talstraße; Grundübertragungsvereinbarung Büger, Grundgrenzänderung im Zusammenhang mit der Anpassung an den Naturbestand gemäß § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz; Vermessungsurkunden Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 04.11.2020, GZ: 18980A-TP**

GR Mag. DI Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über TOP IV/3 abstimmen.

Antrag:

Die Vereinbarung zwischen Fr. Silvia Büger und der Stadtgemeinde Braunau am Inn zur Übertragung des Teilstückes "1" aus Grst. 1/2, KG Ranshofen, lt. Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH, GZ: 18980A-TP vom 04.11.2020, wird entsprechend dem beiliegenden vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 13.01.2021 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne GR Baccili, GR C. Bachinger, GR B. Bachinger, GR Watzek, StR DI Grabner-Sittenthaler)

an IIIa am 10.02.2021 / La

- 4. Talstraße/Brücke im Tal, Grundübertragungsvereinbarungen; Grundgrenzänderung im Zusammenhang mit der Anpassung an den Naturbestand gemäß § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz; Vermessungsurkunde Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 23.06.2020, GZ: 18980-TP**

GR Mag. DI Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über TOP IV/4 abstimmen.

Antrag:

- a) Die Vereinbarung zwischen Hrn. Ing. Rudolf Schönauer und der Stadtgemeinde Braunau am Inn zur Übertragung der Teilstücke "5", "6", "2", "3" und "1" der Grst. 23, 51, 2858 u. 2856/2, je KG Ranshofen lt. Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH, GZ: 18980-TP vom 23.06.2020, wird entsprechend dem beiliegenden vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 13.01.2021 genehmigt.
- b) Der Auflassung des öffentlichen Gutes (Teilflächen „5“ und „6“) auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH, GZ: 18980-TP vom 23.06.2020 bzw. wie obenstehend angeführt wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Watzek)

an IIIa am 10.02.2021 / La

5. Schloßberg; Grundgrenzünderung im Zusammenhang mit der Anpassung an den Naturbestand gemäß § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz; Vermessungsurkunde Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 19.11.2020, GZ: 19195-TP

GR Mag. DI Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über TOP IV/5 abstimmen.

Antrag:

Die Vereinbarung zwischen Hrn. Albert Hainz und der Stadtgemeinde Braunau am Inn zur Übertragung des Teilstückes "1" aus 598, KG Ranshofen, lt. Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH, GZ: 19195-TP vom 19.09.2020, wird entsprechend dem beiliegenden vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 13.01.2021 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Watzek)

an IIIa am 10.02.2021 / La

6. Laabstraße; Teilstücke der Grst. 527/1 u. 527/8, KG Braunau; Grundübertragungsvereinbarung Kallich

GR Mag. DI Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über TOP IV/6 abstimmen.

Antrag:

Die Vereinbarung zwischen Hrn. DI (FH) Stefan Kallich und der Stadtgemeinde Braunau am Inn zur Übertragung der Teilstücke "1" und "2" der Grst. 527/1 u. 527/8, KG Braunau lt. Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH, GZ: 17049B-TP vom 19.10.2020, wird entsprechend dem beiliegenden vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Entwurf vom 22.12.2020 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne GR Watzek und Vbgm. Zagler)

an IIIa am 10.02.2021 / La

7. Schwandner Steig; Grundgrenzänderung im Zusammenhang mit der Anpassung an den Naturbestand gemäß § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz; Vermessungsurkunden Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 30.01.2019, GZ: 15384

GR Mag. DI Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über TOP IV/7 abstimmen.

Antrag:

- a) Den vorangeführten vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Grundtransaktionen auf Grundlage der Vermessungsurkunden der Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 30.01.2019, GZ: 15384 wird zugestimmt.
- b) Der Auflassung des öffentlichen Gutes (Teilflächen „1“, „2“, „3“, „7“, „14“, „15“, „16“, „17“, „18“, „19“, „21“, „22“ und „56“) auf Grundlage der Vermessungsurkunde der Geometer BRUNNER ZT-GmbH vom 30.01.2019, GZ: 15384 wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -
(ohne Vbgm. Zagler und Vbgm. Esterbauer)

an IIIa am 10.02.2021 / La

V. Anträge des Planungsausschusses:

1. Flächenwidmungsplan Nr. 6 – Änderung Nr. 5; Beschlussfassung

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP V/1 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung wird die Änderung Nr. 5 des Flächenwidmungsteils Nr. 6 lt. Änderungsplan FW 6.5 vom 18.09.2020 nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF beschlossen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 10.02.2021 / La

2. Bebauungsplan Nr. 34 – Änderung Nr. 09; Beschlussfassung

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP V/2 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung wird die Änderung Nr. 09 des Bebauungsplanes Nr. 34 lt. Änderungsplan BPL 34.09 vom 07.09.2020 nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF beschlossen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

(ohne StR Dir. Knauseder wg. Befangenheit)

an IIIa am 10.02.2021 / La

VI. Anträge des Bau- und Umweltausschusses:

1. Gewerberechtliche Verfahren – Vorlage der Stellungnahmen der Stadtgemeinde zur Information

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/1 abstimmen.

Antrag:

Die Stellungnahmen der Stadtgemeinde Braunau werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 10.02.2021 / La

2. AUWR-2014-102246/47-Lab/Schm; Verordnungsentwurf Regionalprogramm zum Schutz der Trinkwasserversorgung aus Tiefengrundwässern; Abgabe Stellungnahme

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VI/2 abstimmen.

Antrag:

Die Stellungnahme lt. Schreiben vom 07.12.2020, Zl. IIIa/674-Mag.Pa an das Amt der Oö. Landesregierung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an IIIa am 10.02.2021 / La

VII. Anträge des Sozialausschusses:

1. Frau für Frau; Frauenberatungsstelle; Förderansuchen für 2021 vom 14.12.2020

StR Feichtenschlager berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VII/1 abstimmen.

Antrag:

- a) Die Stadtgemeinde Braunau am Inn fördert die Frauenberatungsstelle Braunau am Inn von Frau für Frau im Jahr 2021 mit EUR 3.000,00.
- b) Der Verwendungsnachweis für die Förderung der Stadtgemeinde Braunau am Inn für das Jahr 2021 ist bis 31.03.2022 vorzulegen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ib am 10.02.2021 / La

2. Frau für Frau; Frauenübergangswohnung; Förderansuchen 2021

StR Feichtenschlager berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen lässt **der Vorsitzende** über TOP VII/2 abstimmen.

Antrag:

- a) Zustimmung zur Gewährung einer Barförderung in Höhe von EUR 12.500,00 an den Verein Frau für Frau für den Betrieb der Frauenübergangswohnung Braunau am Inn im Jahr 2021.
- b) Ein Verwendungsnachweis für die Förderung 2021 ist bis spätestens 31.03.2022 unaufgefordert vorzulegen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Ib am 10.02.2021 / La

VIII. Antrag des Prüfungsausschusses:

1. Prüfung von: Bauvorhaben/Baumsetzung Feuerwehrhaus Haselbach (Beilage)

GR Ing. Pill berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Burgstaller meldet sich als ältestes Mitglied der Feuerwehr Haselbach zu Wort und bedankt sich herzlich für das Bauwerk. Ein Manko ist aber noch der Gehsteig, der beim Feuerwehrgrund endet und beim Kindergartengrund erst wieder anfängt. Fußgänger, die von der Dietfurter Straße in Richtung Kindergarten gehen, müssen die Gasteiger Straße queren, ein Stück die Gasteiger Straße entlanggehen und dann beim Kindergarten wieder die Straßenseite wechseln, was sehr unübersichtlich ist. Gerade die Fahrzeuge, die vom Kindergarten herunterkommen, sehen die Fußgänger oft erst sehr spät, wenn diese schon mitten auf der Straße sind. Vielleicht wäre es möglich anhand von Markierungen den Fußgängern den Weg anzuzeigen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt der Vorsitzende über TOP VIII/1 abstimmen.

Antrag:

Der Bericht des Prüfungsausschusses vom 11.11.2020 wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

- einstimmig -

an Tr am 10.02.2021 / La

IX. Allfälliges

1. **GR Mikula** musste heute mit den Augen rollen, als er folgendes gelesen hat. Er zitiert *„Die Grünen Braunau warnen hinsichtlich der Erweiterung des Industrieparks Braunau-Neukirchen vor einer Widmung auf Vorrat. Im Voraus, ohne Angabe klar definierter Nutzungs- oder Bedarfszwecke eine so große Fläche umzuwidmen, widerspricht sowohl Nachhaltigkeitszielen als auch einer nachhaltigen Wirtschaft und vor allem den Klimaschutzzielen“*. Er erklärt, dass Firmen ein Problem haben, wenn kein Grundstück gewidmet ist, weil das dann nämlich ganz schön lange dauern kann. Der Kunde hätte einen Auftrag, die Firma überlegt sich das, stellt einen Antrag an die Gemeinde und bis die Widmung passiert, kann es ein Jahr und wenn es blöd hergeht noch länger dauern. Und dann kommt die Bürgerinitiative. Es gibt ein UVP Verfahren, und so zieht sich alles bis zu fünf Jahre. Aber der Kunde sagt er bräuchte seine Waren schon. Wenn das Verfahren dann positiv ausgeht, muss man erst einmal die Halle bauen und dann benötigt man noch entsprechende Gerätschaften. Deswegen ist es heutzutage so, dass die Firmen gemeinsam mit den Gemeinden vorausplanen müssen und deswegen wird so etwas gewidmet. Weiters zitiert er: *„So zeige die aktuelle UVP-Genehmigung für einen zusätzlichen Schmelzofen der AMAG, dass Vorratswidmung der Gemeindepolitik alle Entscheidungsmöglichkeiten nehme. Das Gewerbe- und UVP-Recht ist ein reines Behördenverfahren des Landes OÖ, in dem die Gemeinde-Politik kein Mitspracherecht hat.“* Dem stimmt er zu. Und in diesem Fall hat man jetzt in Ranshofen draußen die UVP positiv abgeschlossen, die Genehmigung ist also durch. Es ist geplant die EMC Anlage zu bauen und die dazugehörige Ofengruppe zum Schmelzen von Schrotten, also eigenem Material, in einer bestehenden Halle. Es wird dabei kein neues Gebäude errichtet. Keine Straßen gebaut, kein Baum gefällt. Kurzum von außen ist die Erweiterung nicht merkbar. Aus dem Text der Grünen zitiert er noch: *„Um den Flächenfraß zu stoppen, brauche es ein Umdenken und konsequente Maßnahmen“*. Er will es jetzt nicht als Blödsinn definieren, aber es ist wohl besser, dass es in einer Halle geschieht und drinnen alles passiert. Es wird kein Baum gefällt oder sonst irgendetwas, was die Grünen da sagen ist eigentlich komplett falsch und nur ein Aufwiegeln oder Verunsichern der Bevölkerung.

GR DI Parfant erwidert dazu, dass der letzte Satz der vorgelesen wurde eine allgemeine Aussage ist, beim Schmelzofen gibt er Herrn GR Mikula natürlich recht, der kommt in eine bestehende Halle, es wird keine Fläche benötigt, da kann man nichts dagegen sagen. Zum Thema Umwidmen usw. weiß auch Herr GR Mikula ganz genau, dass das Raumordnungsgesetz sagt, dass eine Umwidmung nur zulässig ist, wenn es ein konkretes Projekt für die nächsten fünf Jahre gibt. Und wenn es so etwas gibt, dann kann man auch umwidmen, das ist auch kein Thema. Zur UVP sagt das Gesetz, wann es eine gibt und wann nicht und nicht, ob eine Bürgerinitiative da war, oder eben nicht. Das kann keine Bürgerinitiative beantragen, sondern das sagt das Gesetz, wann eine notwendig ist oder nicht. Er glaubt nicht, dass eine Firma wie die AMAG hergeht und von einem Tag auf den anderen plant auszubauen, sondern solche Investitionen, so große Summen, sind Planungen von mehreren Jahren, wenn nicht Jahrzehnten und er denkt, wenn man mit den Planungen anfängt dann kann man auch mit der Umwidmung anfangen, und dann sollte sich das auch ausgehen. Wenn es ein konkretes Projekt gibt, dass man sagt man braucht jetzt beispielsweise für ein zusätzliches Walzwerk z.B. 10 ha Grund, dann gibt es ein Projekt und es ist nicht

einfach eine Umwidmung für in 10 oder 20 Jahren. Wo man dann nicht weiß was hinkommt und wo die Gemeinde dann lt. Gesetz nichts mehr machen kann. Denn wenn es einmal gewidmet ist, ist es ein Behördenverfahren. Anders hätte die Gemeinde noch Einfluss darauf was gemacht wird und kann eine Einleitung abwägen. Wenn man sich selbst einen Grund kauft muss man zwischen fünf und sieben Jahren bauen, damit man nicht spekuliert, damit man nicht Grundstücke bunkert für die nächsten Generationen. Man weiß auch, dass es in Oberösterreich eigentlich keine Industriegrundstücke gibt, die einzigen, die es gibt sind im Industriepark derzeit um die 43ha, die noch verfügbar sind und er fände es nicht fair, wenn jetzt Firmen auf Vorrat sich dort die Grundstücke bunkern, obwohl sie diese die nächsten 10 bis 20 Jahre nicht benötigen und vielleicht dann an andere Firmen verkaufen. Es sollte einfach alles mit Maß und Ziel sein.

GR Mikula betont, dass es in Zukunft so sein muss, dass Firmen vorausplanen müssen. Die Mittelfristplanung funktioniert, aber die Langfristplanung nicht. Man stelle sich vor, wenn man jetzt beim Eigenheim einen alten Ofen aus- und einen neuen einbauen möchte und so ein Tamtam machen müsste, übertrieben gesagt. Die Firmen brauchen einfach eine gewisse Planungssicherheit. Es gibt dann Bürgerinitiativen, die einen Einspruch machen und sowas kann sich dann bis zum Sankt Nimmerleinstag verzögern. Die AMAG erfüllt alles und dann wird die Bevölkerung mit Halbwahrheiten oder Unwahrheiten verunsichert.

GR Ing. Weibold zitiert Joki Kirschner, für alle, die sich an ihn erinnern können, der gesagt hat *„Dass man's hat, wenn man's braucht“*, und so ist es eben auch mit dieser Umwidmung. Dass strategische Überlegungen der Industrie, die wir so dringend benötigen, wie man heute gehört hat, gesichert sind. Und das ist, wie er denkt, auch die Aufgabe der Gemeinde das zu machen. Wenn man jetzt sagt, man soll es dann machen, wenn es so weit ist, dann kann es womöglich schon zu spät sein. Wenn das dann erst in 10 oder 20 Jahren ist, dann werden dort 10 oder 20 Jahre lang Bäume stehen. Und der verkrüppelten Fichte ist es an und für sich egal, ob sie auf einem Industrie gewidmeten Grund steht, oder auf einem Waldgrund. Die Überlegungen sind wohl erlaubt, dass man sagt, man will ein Zeichen setzen, dass eine Industrie langfristig planen kann.

Vbgm. Zagler gratuliert zu den Wortmeldungen. In diesem Sinne fügt er hinzu, dass ein guter Roter fast Schwarz ist.

Bgm. Mag. Waidbacher ergänzt, dass das auf den Wein bezogen ist.

GRE Gapp kann das jetzt nicht so stehen lassen. Erstens hat man genau recherchiert, dass das Unwahrheiten sind, stimmt nicht. Das andere ist, ja - Arbeitsplätze sind wichtig, aber wenn man keine Luft mehr zum Atmen hat, wenn die Umwelt kaputt ist, dann nutzen auch die ganzen Arbeitsplätze nichts. Ihr ist schon wichtig, dass man einfach auf beides schaut. Denn eine intakte Umwelt und Arbeitsplätze müssen einander nicht ausschließen.

GR Mikula ergänzt, dass dort ein nagelneuer Ofen hinkommt, also neueste Technik, optimal vom Energieverbrauch und vom ganzen Filtersystem und alles. Es ist nicht

mehr so, wie früher die Ofenhäuser waren, wo es noch hinausgeraucht hat, sondern es ist heute hoch modern. Alles ist sauber, und desto neuer man etwas baut, desto besser kann man es der Umwelt anpassen. Das Alte ist vielleicht nicht mehr ganz so gut. So ist es auch in einem Privathaushalt, neue Geräte sind energieeffizienter.

StR Feichtenschlager erklärt, dass langfristige Investitionen von Unternehmen auch den Standort sichern. Man sieht ja trauriger Weise jetzt in Steyr bei MAN was passieren kann und eine ganze Stadt an so einem riesen Unternehmen hängt. Dann wird es nämlich sauber mau. Und wenn das Land das dann umwidmet, sichert das auch den Standort

GRE Gapp erwidert, dass man sich genau deswegen nicht von einem Unternehmen abhängig machen sollte. Ihrer Fraktion ist klar, dass der eine Ofen in eine bestehende Halle kommt, man spricht hier wohl von zwei verschiedenen Dingen. Sie spricht von den 70ha die umgewidmet wurden und nicht von der einen Halle.

GR Mikula widerspricht und zitiert nochmals aus dem zuvor vorgelesenen Artikel *„Um den Flächenfraß zu stoppen, brauche es ein Umdenken und konsequente Maßnahmen“*, und das bezieht sich auf den Ofen.

StR Dir. Knauseder MMBA bedankt sich bei Herrn GR Mikula für die Wortmeldung. Er ist 100% bei ihm und er versteht ihn auch. Er versteht auch die Grüne Fraktion, nur hat er ein Problem und er bittet dies nicht persönlich zu nehmen. Er richtet sich an GRE Gapp und sagt, wenn sie aufsteht und sagt mit dieser Umwidmung hat man keinen Baum mehr, hat man keine Luft mehr, ist die Umwelt zerstört, dann machen die Grünen in Braunau genau das, was sie aber auch immer kategorisch ablehnen. Es wird polarisiert, es wird pauschaliert und es werden irgendwelche Aussagen irgendwo hineingeworfen, wo natürlich dann so ein Gefühl entsteht wo auch Herr GR Mikula dann sagt, da werden Ängste geschürt und da wird auch die Bevölkerung in eine Richtung hingedrängt und hingeführt, wo man sich schon überlegen muss, kann das sein, kann man mit solchen Pauschalaussagen arbeiten. Man ist für Umwelt, das Thema hat er auch in seiner Budgetrede angesprochen. Alle wollen eine intakte, gesunde Umwelt, alle wollen gerne in Braunau leben und kein einziger möchte riskieren, dass die Kinder oder einer selbst krank wird. Und er ist auch dafür, dass diskutiert wird, er möchte nicht, dass das jetzt falsch ankommt, denn das sind Bürgerrechte und das ist Demokratie. Und so ein Konzern, wenn man hier die AMAG herausgreifen darf, hält das auch aus, und muss es auch aushalten. Zudem hat man in den letzten Monaten gesehen, dass die AMAG immer international auch ausgezeichnet wurde, für viele, viele Initiativen. Gerade entsteht eine der größten Photovoltaikanlagen in Europa. Sie wurde ausgezeichnet für das einzigartige Recyclingsystem, das die AMAG macht und so weiter. Es gäbe noch viele Beispiele. Und er als Gemeindebürger und als Gemeindemandatar möchte die Grüne-Fraktion ersuchen, wenn man diskutiert, sachlich zu diskutieren. Ihn ärgern so pauschale Aussagen wie *„dann hat man keine Luft mehr zu atmen“*, *„dann ist alles kaputt“*, *„dann hat man keinen Wald mehr“*, *„kein Wasser mehr“*, wie es ja nachweislich beispielsweise auf Facebook geschrieben wurde. Am Ende des Tages ist es nicht im Sinne des Bürgers und es kann auch nicht im Sinne der Grünen-Fraktion sein, wenn man auf dieser Ebene diskutiert und daher auch sein Wunsch an den Osterhasen, dass man künftig wieder

eine sachliche Diskussion führt.

GRE Gapp gibt Herrn StR Knauseder recht, es war sicher überspitzt. Nur hat das polarisierende und überspitzte nicht sie begonnen, aber sie nimmt das trotzdem zurück. Aber dennoch sind die Sachen nicht von den Grünen, dass es schlecht ist, wenn man den Wald abholzt. Da gibt es Stellungnahmen von der Forstbehörde, da gibt es Stellungnahmen vom Naturschutz, von der Raumordnung und auch Einwände. Das ist jetzt nichts, was sie oder die Bürgerinitiative erfunden haben. Das sind Experten, die sich damit befassen, die eben Sorge haben, dass Wildwechsel nicht mehr möglich ist. Die auch Sorgen haben um den Wald, wenn da nur so ein schmaler Schutzstreifen bleibt. Das sind schon Experten und Meinungen und nicht irgendwelche Diskussionen auf Facebook.

StR DI Grabner-Sittenthaler stimmt Herrn StR Knauseder zu, dass man die Diskussion versachlichen sollte. Ein Schlagwort fehlt ihm am meisten und zwar die berühmtem 70ha die übermorgen niedergewalzt werden von riesigen Walzern und Harvestern. Da werden Bilder gemalt als würde die Apokalypse drohen, aber genau das ist es nicht. Das entscheiden dann Experten und jeder der sich in Oberösterreich mit Raumplanung befasst weiß, dass gerade bei Industriegebietsumwidmungen ein unglaublich aufwändiges Behördenverfahren mit den Experten stattfindet. Von der Forstbehörde angefangen über die Naturschutzbehörde, die Wasserrechtsbehörde und so weiter. So genau wie hier begutachtet und nachgesehen wird, gibt es das bei keiner anderen Widmung. Deshalb gibt es auch nur zwei Industriegebietswidmungen in Oberösterreich. Was er nicht glaubt, und davon ist er überzeugt, ist diese Horrorvorstellung, dass auf einen Schlag 70ha niederfallen. Wenn geht das langsam und step by step. Und wenn man mit Vertretern der AMAG spricht wird sich in den nächsten Jahren wahrscheinlich gar nichts tun. Das ist einmal das Erste. Und das Zweite ist, dass dann ja auch bei jeder Erweiterung wieder andere Verfahren benötigt werden. Das bedeutet, selbst wenn es schon umgewidmet ist, wird es sehr schwierig dort eine neue Industriehalle hinzustellen. Da redet auch das Land Oö. als Aufsichtsbehörde sehr intensiv mit. Diese Ängste möchte er ein etwas nehmen. Und man weiß auch, man muss auch wiederaufforsten. Und der Wald dort draußen ist in einem eher schlechten Zustand, angefangen vom Käfer über die Pilze. Auch er ist oft draußen und er schätzt diesen Wald auch als Erholungsgebiet, andererseits sieht man auch, dass der Wald in einem nicht sehr guten Zustand ist. Aber das ist ein Fehler aus der Vergangenheit, dass man dort Monokulturen errichtet hat. Man macht das heute Gott sei Dank nicht mehr, heutzutage forstet man Mischwälder auf. Beides möchte er noch einmal betonen. Diese 70ha von denen geredet wird und wie es auf den Plakaten überall steht, die in ganz Braunau herumhängen, als würden sie übermorgen fallen, mit dieser Mähr muss man aufhören. Das trägt nicht zur Versachlichung dieser Diskussion bei.

Bgm. Mag. Waidbacher denkt, dass man sich nur das derzeitige Regierungsprogramm ansehen muss. Auch auf europäischer Ebene ist man übereingekommen, dass man eine Klimawende braucht, dass man eine Energiewende braucht und das ist gut und wichtig. Man hat sehr ambitionierte Ziele bis 2030 bzw. bis 2050. Und diese Umsetzung der Erreichung dieser Klimaziele geht aus seiner Sicht nur dann, wenn alle miteinander an einem Strang ziehen. Dazu braucht man aber auch die Industrie und

die Unternehmen. Und eines ist auch klar, Energiewende und Klimawende kosten auch Geld und dieses Geld muss auch irgendwo herkommen. Und wenn man die Unternehmen dabei haben möchte, dann werden die auch viel Geld investieren. Aber wenn sie viel Geld in einen Standort investieren, dann werden sie auch Planungssicherheit brauchen, genau darum geht es. Da wird man einen Kompromiss finden müssen. Diese Planungssicherheit brauchen sie um zu wissen, dass sie in 10, 15 oder 20 Jahren den Standort noch nutzen können oder den Standort ausbauen können. Gleichzeitig wird man eine Symbiose brauchen zwischen Ökonomie, Ökologie und Umwelt. Alle wissen, dass die Auswirkungen da sind, das braucht man nicht mehr schön zu reden. Wer in letzter Zeit im Auegebiet in Braunau unterwegs war, konnte sehen, dass man in ein paar Jahren keine einzige Esche mehr haben wird. Er selbst hat es sich letzte Woche in einem dreistündigen Spaziergang angesehen. Die Eschen wird man verlieren, das ist ein Faktum, das man akzeptieren muss, ob es einem gefällt oder nicht. Der Käfer wird überhand nehmen. Man sieht es im Wildschweingehege, da stehen noch ein paar Bäume drinnen, die auch schon vom Käfer befallen sind und bald wird der Käfer alles gefressen haben. Und das tragische ist, dass nicht nur der Borkenkäfer da ist, sondern es gibt jetzt auch einen Buchenborkenkäfer, der die Buchen und Ahorne befällt. Einer seiner Bekannten musste eine größere Fläche umlegen, ein Kahlschlag, weil er nur noch Käferbäume hatte. Von der Forstbehörde hat er ganz genau vorgeschrieben bekommen, was er nun hineinpflanzen muss. Er glaubt das ist genau die Richtung, in die man gehen muss. Dass man schaut, wie kann man in Zukunft mit den Wäldern umgehen. Wer in letzter Zeit einmal in Richtung Überacker gefahren ist und gesehen hat, was da entlang der Salzach passiert, da gibt es quasi von der Weilhartstraße bis zur Salzach gar nichts mehr. Alles weg. Einfach aus dem Grund, weil dort der Wald so krank war, dass jeder gesagt hat, dass man etwas tun muss. Dort wäre es auch fast zu einem Unfall bei Holzfällerarbeiten gekommen. Und es kommt ja nicht von ungefähr, dass heuer schon extrem viele Umfälle im Wald passiert sind, weil einfach die Bäume so krank sind. Eschen wirken nach außen hin oft noch gesund, und selbst wenn man dann den Stamm umschneidet und man sieht den Wurzelstock, glaubt man, dass der Baum vital und gesund war. Der Baum ist aber trotzdem schon tot, weil die Krone aufgrund des Eschentriebsterben schon so befallen ist. In Blankenbach gibt es Eschen mit einem riesigen Durchmesser, die fallen um ohne Vorwarnung. Da geht kein Wind, da gibt es keinen äußeren Einfluss, die fliegen einfach um. Und deswegen ist das so gefährlich. Gerade in Zeiten wie jetzt, wo so viele Menschen in den Wald gehen ist das sehr gefährlich. Und genau da muss man eine Symbiose finden, und er ist sich sicher, dass das, wenn alle zusammen helfen, möglich sein wird. Aus seiner Sicht wird sich Umweltschutz und Wirtschaft nicht ausschließen. Aber er glaubt das geht nur gemeinsam.

an Ila und Iib am 01.03.2021 / La

2. **GR Burgstaller** hat noch eine Wortmeldung zu Haselbach. Er bezieht sich auf die Haselbacherstraße vom Kreisverkehr bis zum Gasthaus Bogner. Die Bautätigkeit in diesen Bereich nimmt merklich zu, die Straße selbst ist aber katastrophal. Auch der

wechselseitige Gehsteig ist nicht optimal. Er würde daher ersuchen, dass die Planer künftig einen beidseitigen Gehsteig einplanen, denn der Verkehr wird immer mehr. **Bgm. Mag. Waidbacher** denkt, dass dies bald im Verkehrsausschuss ein Thema sein wird.

an Illa am 01.03.2021 / La

Der Vorsitzende	Mag. Waidbacher eh.
-----------------	---------------------

Unterschriftsermächtigter der ÖVP-Fraktion	Baccili eh.
--	-------------

Unterschriftsermächtigter der FPÖ-Fraktion	Bachinger eh.
--	---------------

Unterschriftsermächtigter der SPÖ-Fraktion	Mikula eh.
--	------------

Unterschriftsermächtigter der GRÜNE-Fraktion	Mag. DI Hackl eh.
--	-------------------

Schriftführerin	Lahner eh.
-----------------	------------

**Gegen die vorliegende Verhandlungsschrift
wurden keine Einwendungen erhoben**

Braunau am Inn, am 25.03.2021

Der Vorsitzende	Mag. Waidbacher eh.
-----------------	---------------------